

Berlin, 5. September 2019

## Daten und Fakten. Wir wissen Bescheid

Rede von Franz Müntefering aus Anlass des Abschieds von Dr. Reiner Klingholz als geschäftsführender Direktor des Berlin-Instituts

*Änderungen vorbehalten – Es gilt das gesprochene Wort.*



Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Dr. Klingholz!

Dass ich heute hier sprechen darf, freut mich sehr. Denn Ihnen, Herr Dr. Klingholz, sage ich gerne Respekt und Dank für Ihre Arbeit an einem zentralen Thema dieser Zeit – der Demografie, die als Herausforderung an den Staat, als Treibstoff großer gesellschaftlicher Veränderungen, als prägendes Erlebnis für alle, die Beteiligte und Betroffene sind, ob jung, alt oder dazwischen, große Bedeutung hat. Für dieses Dankeschön ist Ihr Abschied von der Führung des Berlin-Instituts in eine neue Lebensphase ein guter Anlass.

Wer sich Gedanken macht zu den Fragen: Wie wollen wir leben, heute, morgen und danach und was können wir dafür tun? – der ist schnell bei den Themen, denen Sie sich, Herr Dr. Klingholz, und das Berlin-Institut nachdrücklich gewidmet haben, sachkundig, informativ, anregend, manchmal auch mahnend und fordernd. Und das soll ja beim Institut auch so bleiben. Ich weiß nicht mehr genau, seit wann wir uns persönlich kennen. Es sind einige Jahre. Besonders in meiner letzten Phase im Bundestag – 2009 bis 2013 – sind wir uns begegnet und haben zur Sache geredet. Für mich lohnte es sich immer; ich kam mit Fakten und klugen Folgerungen aus den Gesprächen und wusste das zu schätzen. Das gilt und galt natürlich auch für die stolze Reihe von Publikationen zum Thema.

Wer legislative und exekutive Verantwortung bekommt, der weiß bald, wie dringlich er auf Kompetenz angewiesen ist. Denn wie in jedem Beruf, kommt es auch in der Politik, ob Bund, Land oder Kommune, auf Kompetenz und Verantwortung an – ein Wegweiser von Helmut Schmidt. Und Kompetenz beginnt immer mit: Wissen, was ist. Die besten Ziele bleiben im Nebel, wenn ich nicht weiß, wo ich gerade bin, welche Wege zum Ziel führen und wie diese begehbar sind. Fakten kennen und sie in einem Puzzle richtig zu kombinieren und daraus Schlüsse zu ziehen und auch zu wissen, dass alle Ziele nur Zwischenziele sind, weil der Wandel sicher ist, das ist die vielfältige, man kann auch sagen verzwickte, Aufgabe, mit der es Demografie-Experten, Wissenschaftler und Politiker aller Ebenen zu tun haben.

Das Berlin-Institut mit Dr. Klingholz ist bisher eine feste Größe in dieser Herausforderung und bleibt dies sicher auch. Die Aufgabe ist ja nicht zu Ende, sondern eher komplexer geworden. Ihnen, lieber Herr Dr. Klingholz, Danke und gute Wünsche. Sie kennen ja die Chancen des Älterwerdens bisher nur theoretisch. Kosten Sie sie aus. Ich kann Ihnen versprechen, aus Erfahrung, da geht noch was. Immer morgens aufstehen, das ist wichtig. Und laufen, lernen, lachen. Ganz einfach, dreimal-LLL.

Ich darf und will nun gerne ein paar Gedanken zum Thema beitragen. Sehr geehrte Damen und Herren! Demografische Betroffenheit und Wirkung haben ihre Grenzen nicht an den nationalen Grenzen. Auch in Sachen Demografie ist das Nationale nur ein Ausschnitt des Ganzen. Die Entwicklungen der Weltbevölkerung, auch die in Europa, die globalen Wanderungsbewegungen, aktuell mit Recht verstärkt die Umweltthematik – alles keine Kleinigkeiten, einiges mit endzeitlicher Dimension. Konsequenzen für Mobilität und für Bürgerrechte und für die Demokratie kommen hinzu, wenn nicht begriffen wird, dass der Planet Erde letztlich ein Gesamtsystem ist und die Welt in Gänge herausgefordert ist. Deutschland mit seinen 1,1 Prozent Anteil an der Weltbevölkerung – in gut 30 Jahren wohl eher 0,8 Prozent – ist nicht wirklich die Messlatte für die Entwicklung des Planeten. Aber das virulente Thema in Mega-Fassung darf uns doch nicht abhalten, in unserem Land und für alle Menschen, die hier leben, in unserem gesellschaftlichen politischen Alltag mit besagter Kompetenz und Verantwortung unsere konkrete Arbeit zu tun. Was immer auch in der Welt passiert: Der Respekt vor dem großen Ganzen und unsere Mitverantwortung dafür macht unser zielgerichtetes Handeln vor Ort und in dieser Region der Welt nicht unwichtig. Es kommt auf jeden einzelnen Menschen an. Also nochmal und unter dieser Fokussierung: Wie wollen wir leben, heute, morgen, übermorgen und so weiter und was können wir dafür tun?

Diese beiden allgemeinen und grundsätzlichen Fragen unterstellen einiges, was wichtig ist für unser Leben auf dieser Erde – auch für die Frage, welche Folgerungen sich daraus für das Thema Demografie ergeben:

- Dass es nicht egal ist, wie wir leben.
- Dass wir Menschen Einfluss darauf nehmen können.
- Dass es sinnvoll ist, sich im Handeln abzustimmen, damit es zielführend für alle sein kann.

Realisten erkennen in dieser Verdichtung auch die Wahrheit! Wir werden Kompromisse machen müssen, horizontal und vertikal. Es geht ja nicht um ein genormtes Einheitsleben, genau das nicht, sondern um die Vielfalt, die sich für solche Menschen mit großer Gewissheit ergibt, die selbstbestimmt leben wollen. Und die wissen, dass gerade Selbstbestimmung, wenn sie gelingen soll, Kenntnis von Daten und Fakten und Verantwortung voraussetzt.

Die Demografie-Debatte in Deutschland wird dominiert von der Forderung auf Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Das hat seine Logik. Die Formel ist inzwischen so etwas wie ein Synonym für Demografiepolitik geworden – die Raumvariante. Es gibt aber auch aussagekräftige Ergebnisse, wenn man die Variante Alt-Jung oder Deutsch-Nichtdeutsch oder Reiche Eltern-Arme Eltern nimmt. Bleiben wir hier bei „allen Landesteilen“. Dass in der Kommission der Bundesregierung zum Thema die Ministerien Inneres, Familie und Landwirtschaft beteiligt sind, ist ganz sicher richtig. Dass die Ministerien Arbeit, Soziales, Gesundheit, Wirtschaft, Verkehr, Umwelt, Finanzen nicht direkt beteiligt sind, zeigt das Ausschnitthafte des Versuchs. Das macht ihn – das ist mir wichtig – nicht falsch, aber das zeigt seine Begrenztheit.

Immer verhält es sich bei der Gleichwertigkeits-Debatte wie bei der zu Gerechtigkeit, nämlich um eine nicht ganz präzise Zielbeschreibung. Gemeint ist immer: Gleichwertigkeit oder Gerechtigkeit auf gutem Niveau. Gleichwertig sein auf niedrigem Niveau wäre als Konstrukt ja auch stimmig, ist aber – und zwar sehr entschieden – nicht gemeint. Also stellt sich von Anfang an und zwar nachdrücklich auch die Frage: Was muss geschehen, damit das gute Niveau erreicht oder gesichert wird. Ja, es geht um den

Erhalt der Wohlstandsfähigkeit unseres Landes. Das bringt Bildung und Forschung und Entwicklung und Innovation in den Mittelpunkt der Überlegungen. Auch tüchtige Unternehmer und tüchtige Arbeitnehmer. Und es geht um die gerechte Verteilung. Vielleicht wäre Teilung das realistischere Wort.

Und immer offensichtlicher wird: Der verfasste Staat, die Politik, ist in der Verantwortung. Aber: die Gesellschaft auch. Und der Einzelne/die Einzelne auch.

Dabei sind die Individuen und der Staat in seiner Gesamtstruktur als Beteiligte und Betroffene klar identifizierbar und ansprechbar. Aber wer ist in diesem Falle die Gesellschaft, wer ist da Ansprechpartner/in? Familie, Nachbarschaft, Kollegium, Dorf, Stadtteil, Kommune, Region, NGO, Gewerkschaften, Unternehmensverbände, Kirchen, Parteien. Das sollten wir uns näher ansehen. Der Zwischenruf „Deutsche Staatsangehörigkeit“ taucht an dieser Stelle in unserem Land ja auch wieder deutlich auf als Markierung gesellschaftlicher Identität. Das ist leider verdammt ernst zu nehmen. Hier lasse ich diesen Aspekt im Weiteren außen vor, empfehle aber, ihn nicht zu unterschätzen für das Gesamtthema in den vor uns liegenden Jahren.

Ich denke, die Kommune ist die relevanteste, umfassendste gesellschaftspolitische Einheit und damit als Mitverantwortliche zu sehen. Jede und jeder ist Mitglied und Teil einer Kommune. Da kann sich das Bemühen um Gleichwertigkeit beziehen auf: Recht auf Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Qualifizierung, Erziehung. Das Recht auf Arbeit, für Frauen und Männer in gleicher Weise, das Recht auf Information und Beratung. Auf Kommunikation. Auf Mobilität. Auf Wohnen. Auf Gesundheitsvorsorge und -fürsorge. Auf Altenhilfe. Auf Daseinsvorsorge.

Dass es dabei Kommunen mit um die hundert Einwohner gibt und solche mit über einer Million, macht die Sache komplizierter, ändert aber prinzipiell nichts. Landkreise und innerstädtische Bezirke/Quartiere sind bewährte und auch ausbau- und gestaltbare Antworten auf diese Realität.

Aber haben unsere Kommunen, die alle Unikate sind, hinreichend Instrumente und finanzielle Mittel, qualifizierte Gleichwertigkeit für ihre Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen oder gar zu garantieren? Und: Gleichwertigkeit eben auch zu Bürgerinnen und Bürgern in anderen Kommunen? Und was davon oder mehr als bisher braucht realisierte Mitverantwortung von Bund und Ländern? Und wie gleich oder ungleich sind die Gleichwertigkeitspotenziale der jeweiligen Länderpolitik dabei trotz Finanzausgleich?

Nun ist die Zeit der Stadtmauern längst vorbei und mehr als je sind die Menschen – das Alter spielt dabei eine große Rolle – in mehreren Kommunen gleichzeitig nicht zuhause, aber doch regelmäßig für längere Zeit anwesend. Das betrifft vor allem Schule, Studium, Arbeit, Kliniken. Manchmal ist das unvermeidlich, manchmal aber auch Ausdruck freier Entscheidung in einem hochmobilen Zeitalter.

Was sagt unser Grundgesetz zum Gesamtkomplex:

- Art. 28 (2): Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.
- Art. 33 (1): Jeder Deutsche hat in jedem Lande die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.
- Artikel 72a legt fest, dass der Bund das Gesetzgebungsrecht für bestimmte Bereiche hat, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet dies erforderlich macht.
- Artikel 91a ermöglicht Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der Lebensverhältnisse.
- Artikel 106 (3.2) zu den Finanzen: Die Deckungsbedürfnisse des Bundes und der Länder sind so aufeinander abzustimmen, dass ... die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird. Und: Veranlasst der Bund Gemeinden zum Handeln, gewährt er den erforderlichen Ausgleich, wenn und soweit den Ländern oder Gemeinden nicht zugemutet werden kann, die Sonderbelastungen zu tragen.

Ein weites Feld. Aber insgesamt ist klar, dass die Ermöglichung gleichwertiger Lebensverhältnisse ganz sicher im Sinne unseres Grundgesetzes ist und dass die Kommunen dabei eine zentrale Rolle haben. Die Lösung ist damit allerdings noch nicht fixiert und sie ist und bleibt schwierig. Wir dürfen ihr nicht ausweichen. Die in Deutschland gelebte Parole in Sachen Demografie: Wir wissen Bescheid und warten mal ab – die entwickelt sich zu einem historischen Versäumnis und zu einer Zumutung für zahlreiche Menschen und auch für die Demokratie.

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist in Deutschland eindeutig nicht gewahrt. Also: Ran an die Arbeit. Keine Hängepartie im Bundestag. Es sind noch zwei Jahre bis zur Bundestagswahl, da kann eine Menge angeschoben werden. Nicht wieder vertagen auf den nächsten Bundestag.

Ungleichwertigkeit ist dabei selbstverständlich nicht dasselbe wie Unterschiedlichkeit. Es ist banal, aber man muss es einmal sagen: U-Bahnen kann es nicht überall geben, große Wald-Wiesen-Acker-Flächen auch nicht. Nicht das Meer und nicht die Alpen. Es geht in Wahrheit um Lebensqualität für den einzelnen Menschen in der jeweiligen Situation. Und das beinhaltet auch eine Menge spezieller persönlicher Aspekte und konkreter persönlicher Wertungen und Einflüsse.

Das entlastet nicht den Staat und die Gesellschaft in ihren Teilen der Verantwortung, aber es spricht doch dafür, dass gute Voraussetzungen für diese Lebensqualitäts-Gleichwertigkeits-Chance am ehesten auf der gesellschaftlichen Ebene, in der Kommune, zu finden sind. (Ein kurzer Zwischenruf, aber nicht unwichtig: Die Kommunalpolitik ist nicht das Kellergeschoss der Demokratie, sondern eine tragende Säule.) Immer vorausgesetzt, die oder der Einzelne will das. Es ist jedenfalls nicht zuvörderst eine Frage der Flächengröße, der landschaftlichen Gegebenheiten und der Bevölkerungszahl im Lebenskreis, in dem man sich bewegt. Und dieser Lebenskreis ist bis in die Schulzeit und dann wieder im Rentenalter in der Regel kleiner als in der Lebenszeit dazwischen, die vom Berufsleben wesentlich bestimmt ist. In der Verbindung des Einzelnen zu seiner Kommune werden seine Aktionsmöglichkeiten auch noch einmal deutlicher: Die Dichte sozialer Kontakte (!), auch das zivilgesellschaftliche Engagement und ehrenamtliche Tätigkeiten sind von großer Bedeutung für die Lebensqualität des einzelnen Menschen. Einsamkeit als Problem ist nicht neu, sie wächst aber und könnte ein wirklich großes Problem werden für zahlreiche Menschen in einer Gesellschaft mit vielen Hochaltrigen. Was nicht heißt, dass nicht auch jüngere Menschen unter Einsamkeit leiden können und zwar massiv. Man kann auch unter anderen Menschen einsam sein, aber das ist eine andere Geschichte.

Einsamkeit ist jedenfalls nicht per Gesetz verbotbar. Das Miteinander in Solidarität, wo es Lebensalltag ist, ist eine gute Voraussetzung für Lebensqualität. Wo der Umgang miteinander von Vorurteilen bestimmt ist, die Gedanken distanzierend sind und die Sprache respektlos, ist Lebensqualität hochgefährdet. Sei denn, man erklärt Boshaftigkeit, Lüge und Hass zur eigenen Lebensqualität. Das gibt es leider auch schon wieder in diesem Land.

Soziale Einsamkeit bekämpft man mit Gerechtigkeit, aber eben auch und nicht selten noch erfolgreicher mit Solidarität. Was immer dazu eingewandt wird: Für Solidarität gibt es kein Gesetz. Kann es keines geben. Der Staat kann und muss Solidarität ermöglichen, er kann sie nicht erzwingen. Menschen, die selbstbestimmt leben wollen, müssen auch Verantwortung in Selbstbestimmung übernehmen. Den Staat anzusehen und zu sagen: Staat, mach mal Selbstbestimmung für mich – das ist ziemlich abstrus – aber keineswegs selten. Ich spreche hier die Überforderung des Staates an, die sich in der Demografie-Politik oft zeigt.

Aber ich will den Staat natürlich nicht freisprechen von seinem Anteil am Gelingen von Lebensqualität und Gleichwertigkeit. Deshalb Anmerkungen und Vorschläge zu dem was meines Erachtens passieren muss (auch hier weiter ohne Europa und Internationales, was ein eigenes Kapitel wäre).

Die Stichworte zur Bundesbetroffenheit sind uns alle geläufig und die allermeisten in der Arbeit des Berlin-Instituts gewertet und gewogen und verglichen: Strukturen des Altersaufbaus und der Familien,

Binnenwanderungen, Zu- und Auswanderungen, neue Arbeitswelt, Digitalisierung, Renteneintrittsalter; alles Dinge, die die Gleichwertigkeit in allen Landesteilen wesentlich beeinflussen. Wir haben die IST-Fakten und wir wissen viel über die Perspektiven und wir wissen, dass es keine Garantie gibt für den Erfolg, dass Hektik falsch sein kann, aber Abwarten auch.

In einem kurzen fiktiven Dialog will ich die Entscheidungslage beschreiben, wie ich sie sehe:

Frage: Also den Wandel permanent analysieren und ihn permanent gestalten?

Antwort: Immer, ja. Nicht nur im Nachhinein.

F: Und wenn man nicht handelt?

A: Das geht nicht. Nichthandeln ist auch eine Entscheidung und hat Wirkung.

F: Nichthandeln lässt geschehen, Handeln gestaltet?

A: Nichthandeln kann auch gestaltend wirken. Und Handeln kann schiefgehen.

F: Die Mitverantwortung wird man so oder so nicht los?

A: Das stimmt. Die Mitverantwortung ist jeder und jedem von uns sicher.

F: Wir brauchen die Bereitschaft, das Bestmögliche zu gestalten und nicht nur den müden Versuch, das Schlimmste zu verhindern?

A: Das scheint mir die sinnvollste Formel.

So weit so gut. Aber die Sache hat noch ein größeres Problem. Die Gleichwertigkeit im Wandel der Zeiten zu sichern und gar auszubauen, das hat oft auch Elemente von Umverteilung und Anstrengung und ist für den Wahltag nicht die beste Empfehlung, besonders wenn die Vermittlung des Versuchs ungeschlüssig, kleinmütig verdöckelt wird.

Mancher hat so seine Erfahrungen und die können ja fürs nächste Mal lehrreich sein. Beispiel: Die gesetzliche Rente mit 67. Sie wurde 2005 in der Koalition vereinbart, 2006/07 zum Gesetz gemacht. Das Renteneintrittsalter 65 steigt seit 2012 jedes Jahr um einen Monat auf 66 Jahre, danach jährlich um zwei Monate auf 67 Jahre, 2032 wird das Ziel des Gesetzes erreicht sein. Angesichts steigender Lebenserwartung bei relativ guter Gesundheit, bei niedriger Geburtenzahl seit 1965 und der massiven Konsequenzen, die sich daraus für die Rentenversicherung ergeben, eigentlich ein unspektakulärer, gestaltender Schritt. Was die Vermittlung an die Bevölkerung angeht, stellt sich der Koalitionspartner von damals seitdem weitgehend stumm, andere Parteien auch, sie überlassen das Thema gerne der SPD. Und die klopfen sich teilweise schuld bewusst an die Brust, manche reichen es weiter an den damals zuständigen Sozialminister. Teile der Gewerkschaften mobilisierten von Anfang an gegen diese Rentenregelung. Und Teile der Unternehmen unterlaufen mit Leiharbeit in großem Stil und zu schlechten Bedingungen den Stabilisierungsansatz der Rentenregelung. Bei alledem wurde und wird nur selten darüber informiert, dass für Versicherte mit 45 Versicherungsjahren – das trifft besonders die Arbeitsplätze mit schweren physischen Herausforderungen – auch 2029 ff. weiter der abschlagfreie Rentenanspruch mit 65 gilt. Ein Beispiel, wie gesagt.

Eine Einladung zu demografisch vernünftigem Handeln ist das Projekt nicht geworden. Von Wahltag zu Wahltag wird es als abschreckendes Beispiel verbreitet. Das muss man zugeben. Was lehrt das? Das Land, nein, die handelnde Politik, war in diesem Falle nicht reif für eine Politik der Nachhaltigkeit. Ist sie es inzwischen? Unsere Politik unterwirft sich immer noch zu sehr dem Legislatur-Modus. Der heißt: Was nicht in dieser Legislatur unbedingt entschieden werden muss, aber hartes und kein Zuckerbrot ist, das wird verschoben. Wer weiß, wer die nächste Regierung stellt, dann hat der/haben die die Verantwortung und den möglichen Ärger bei den Wahlen. Sogar Lust auf Opposition macht sich breit, denn die kniffligen Aufgaben werden erkennbar mehr.

Dabei ist klar: Mutlosigkeit hilft da nicht, sondern mehr Courage zu einer offenen, auch kontroversen Debatte rechtzeitig. Dass das Stimmen kostet bei der Wahl? Ich glaube, dass die Aufklärung – das

Sagen-was-ist – in Wahrheit der beste Verbündete der Demokratie ist. Mindestens müssen die mutigen Demokratinnen und Demokraten alles daransetzen, sie dazu zu machen.

Was ist zu tun? Ich spreche nicht für einen Orientierungsrahmen oder gar einen 5-Jahres-Plan. Aber für einige konkrete Schritte, die uns deutlicher aus der Verschieberei herausführen. Die Zuständigkeit fürs demografische Handeln wird sonst wie bei der Staffelübergabe dem nächsten zugeschoben. Unklar bleibt (und soll bleiben), wer eigentlich der Säumige ist. Das muss definitiv aufhören.

Nun genug der Definitions-Huberei und der Rückblicke. Denn die führen auch nicht ohne Weiteres zum Ziel. Immerhin machen sie deutlicher, was das eigentlich ist: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Und dass Politik, Gesellschaft und jede/jeder Einzelne Mut braucht für einen guten Weg nach morgen und übermorgen...

Ich will nun, im kürzeren Teil II meines Beitrags abschließend zum Thema einige konkretisierende Ideen skizzieren, die durchaus als Vorschläge für die praktische Arbeit am Thema nützlich sein könnten – meine ich. Alles nur Schritte, vielleicht Schritttchen, aber alle in die richtige Richtung. Und keine Gründe, sie auf Halde zu legen für die nächste oder übernächste Legislatur.

### 1. Gemeinschaftsaufgabe

Demografische Entwicklungen, Wanderungsbewegungen binnen und von und nach außen und Integrationsaufgaben sind als Herausforderungen akut und bleiben es. Und keine dieser Aufgaben wird für sich allein zu lösen sein. Die beschriebenen Politikbereiche sind in ihren Wirkungen deutlich aufeinander bezogen und nur in einer Gesamtschau und mit gezielter Herangehensweise lösbar. Wir sind da nicht bei Null. An vielen Stellen, gerade vor Ort, ist Gutes in Bewegung. Daraus eine Gemeinschaftsaufgabe zu machen – angelegt auf 20 bis 25 Jahre – lässt Platz für situative Gestaltung, aber sie klärt die Hauptrichtung eindeutig und garantiert Nachhaltigkeit, denn sie sichert Zuständigkeiten und Finanzierung verlässlich für die Betroffenen und die Beteiligten.

### 2. Nachhaltigkeits-Perspektive Bundestag

Der Bundestag beschließt: Jeder Bundestag soll im letzten Halbjahr seiner Legislatur eine gut vorbereitete Debatte zu den zentralen Aufgaben des Bundes in den nächsten ca. zehn Jahren führen (zwei bis drei Legislaturperioden). Die wichtigsten Ergebnisse sollen in einer Stellungnahme des Bundestages dem Land vorgestellt werden, wobei jede Fraktion in eigener Verantwortung ihren Text bestimmt.

### 3. Berufs-Orientierung und -Förderung

So bald wie möglich führt der Bundestag eine gut vorbereitete Debatte zu den Berufen von heute und morgen mit dem Ziel der Information und Orientierung. Schülerinnen und Schüler und Berufsexperten werden an Vorbereitung und Diskussion beteiligt. Dies ist eines der wichtigsten Nachhaltigkeitsfelder mit großer Wirkung auf Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf gutem Niveau in allen Landesteilen.

### 4. Die Altenhilfesicherung wird gesetzlich fixiert

Sie ist bisher nur allgemein gesichert und sollte für einige Bereiche ausdrückliche Aufgabe jeder Kommune werden. Die Kommunen brauchen dafür einen klaren Handlungsauftrag und die nötige finanzielle Ausstattung. Drei Komplexe wären meines Erachtens dabei vorrangig: Zugehende Sozialarbeit gegen Einsamkeit, besonders im Bereich Ein-Personen-Haushalte. Garantierte Versorgung überall, ambulant und stationär, mit qualifizierter Hospiz- und Palliativ-Versorgung. Stärkung lokaler Allianzen für Menschen mit Demenz. (Die Zustimmung der Länder ist wichtig.)

## 5. Die Chancen junger Frauen

In jeder Kommune – und ihren Teilbereichen – muss es eine ausreichende Zahl von Kitaplätzen, Kinderärzten, Frauenärzten und interessanten Arbeitsplätze für Frauen mit Familie geben. Die Kommunen in bisher benachteiligter Lage müssen auch die Schaffung solcher Arbeitsplätze unterstützen können. Das Fehlen der hier genannten Infrastruktur-Elemente kann leicht ein Grund für die Entscheidung junger Paare sein, trotz Vorteile bei den Wohnkosten und Spielplatzflächen nicht in eher ländliche Räume zu ziehen. Die angestrebte verbesserte Absicherung des Pflegeberufs kann ein beispielhaftes Puzzle in diesem Konzept sein.

## 6. Kommunen

Generell muss ein Weg gefunden werden, dem kommunalen Bereich Anregung und Befugnis und Hilfe zu geben für eine Kommunalpolitik, die Lebensqualität ermöglicht, soweit sie von Politik und Gesellschaft unterstützt werden kann. Das Programm „Soziale Stadt“ bleibt aktuell.

## 7. Die Politik muss handeln

Die Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen (Minister Seehofer, Giffey, Klöckner) hat einen ersten Themenaufschlag gemacht. Die Koalition hat noch ein gutes Jahr Zeit für eine ernsthafte Debatte zum Thema und zur Fixierung konkreter Maßnahmen. Bescheidwissen wird bald genügend vorhanden sein. Die Kommission und der Bundestag sollten handeln und nicht abwarten.

Das zur Sache. Ich hoffe, es war auch Vernünftiges dabei.

Ihnen, Dr. Klingholz, abschließend noch einmal der Gruß der Älteren: Immer morgens aufstehen.